



# HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 75                      Polizeipräsidium Südosthessen

Zu Titel 422 01                      Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen  
und Beamten  
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 51.710.400 € wird um  
348.300 € auf 51.362.100 € verringert.

Es werden umgesetzt nach Titel 425 01 und  
umgewandelt:

1 Planstelle	A 7 Obersekretär/in
38 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
1 Planstelle	A 10 Polizei/Kriminal- oberkommissar/in
0,5 Planstelle	A 10 Oberinspektor/in

Es werden umgewandelt:

1 Planstelle	A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in in A
10	Oberinspektor/in
1 Planstelle	A 11 Amtfrau/Amtmann in A 11 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in
1 Planstelle	A 12 Polizei-/Kriminal- hauptkommissar/in in A 12 Amtsrat/rätin

Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-) Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von (Plan-)Stellen zum Teil schon seit über 10 Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-)

Stellenbesetzung anzupassen und – soweit die tatsächliche (Plan-)Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte dezentrale Veranschlagung der Personalausgaben eingeflossen ist – die entsprechenden Mittelumsetzungen vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)**